

## Presseschau vom 07.07.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, luginfo, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der "Alternativen Presseschau"

# vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **viermal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Rajewka, Weselogorowka und Sokolniki.** 

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Politologin zu MH17-Verfahren: Wie die Untersuchung, so auch der Gerichtsprozess

Der Gerichtsprozess zum Absturz der malaysischen Boeing 777 im Juli 2014 im Donbass wird in den Niederlanden stattfinden. Die Politologin Kira Sasonowa sagte dem Radiosender Sputnik, dass der Beschluss, einen Gerichtsprozess mit einem unbestimmten Kreis von Verdächtigen zu führen, merkwürdig erscheine.

Der Prozess zum Absturz der Boeing 777 werde in den Niederlanden stattfinden, heißt es auf der Webseite des niederländischen Außenministeriums. Es wird hervorgehoben, dass dieser Beschluss zusammen von Mitgliedern der internationalen Ermittlungsgruppe (Belgien, Niederlande, Ukraine, Malaysia, Australien) getroffen wurde.

Das Datum der ersten Sitzung wurde nicht genannt. Der Kreis der Verdächtigen wurde ebenfalls nicht konkret genannt.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sagte, dass Kiew Amsterdam "maximale Hilfe

zur Bestrafung der Schuldigen erweisen wird". Zudem wird berichtet, dass die Ukraine und die Niederlande ein Kooperationsabkommen unterzeichnen werden, das der niederländischen Seite ermöglichen wird, das Gerichtsverfahren abzuhalten.

Laut der Politologin Kira Sasonowa zeigt der Beginn des Gerichtsprozesses viele Merkwürdigkeiten.

"Die letzten öffentlichen Beweise wurden von der Ermittlungskommission 2016 vorgelegt. Bereits im vergangenen Herbst hieß es, dass alle Schlussfolgerungen vorläufig seien, also keine Grundlage für Gerichtsuntersuchung bilden könnten, dann aber kommt es plötzlich zum Gerichtsverfahren. Das alles erscheint merkwürdig. Doch angesichts der offensichtlichen Voreingenommenheit in diesem Prozess von Anfang an denke ich, dass der Gerichtsprozess so wie die Untersuchung selbst verlaufen wird", sagte Sasonowa.

Laut der Politologin ruht das Versprechen Poroschenkos, Amsterdam maximale Hilfe zur Bestrafung der Schuldigen zu erweisen, auf der Zuversicht, dass das Gericht eine für Kiew vorteilhafte Entscheidung treffen wird.

"Ich denke, dass Petro Poroschenko mit einem für die Volksrepubliken Donezk und Lugansk und Russland ziemlich unvollständigen Gerichtsbeschluss rechnet. Auf Grundlage dieses Beschlusses kann Kiew irgendeine Strategie entwickeln. In den vergangenen Jahren wird die Ukraine ständig bei internationalen Justizorganen vorstellig und versucht ständig, jemanden zur Verantwortung zu ziehen. Ich denke, es wird ein weiteres Glied einer endlosen Kette internationaler Prozesssucht sein, die von der ukrainischen Seite initiiert wurde", sagte die Politologin.

Die Boeing 777 war am 17. Juli 2014 im Osten der Ukraine abgeschossen worden. Alle 298 Insassen kamen dabei ums Leben, die meisten von ihnen waren Staatsbürger der Niederlande. Die Teilnehmer des Militärkonfliktes im Donbass weisen ihre Beteiligung an dieser Tragödie zurück und werfen sie der anderen Seite vor. Wie es im Bericht der internationalen Ermittlungsgruppe heißt, wurde die Boeing von einem Geschoss des Flugabwehrkomplexes Buk getroffen, der aus Russland gebracht und dann wieder dorthin zurückgebracht worden sein soll. Das russische Außenministerium spricht von einer Voreingenommenheit bei den Ermittlungen, deren Schlussfolgerungen nur auf Angaben beruhen, die aus der Ukraine erhalten wurden. Die Experimente des Buk-Herstellers Almas-Antej bestätigten indes, dass die Boeing aus einem Gebiet abgeschossen wurde, das von der ukrainischen Armee kontrolliert wurde.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

"In den letzten 24 Stunden wurden durch Beschüsse der ukrainischen Streitkräfte zwei Häuser in Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk in der Lukjanenko- und der Mamina-Sibirjaka-Straße beschädigt", teilte das operative Kommando der DVR mit.

"In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **33 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **19 Ortschaften der Republik** beschossen", teilte das operative Kommando der DVR mit. Nach Angaben des Kommandos haben die ukrainischen Einheiten Artillerie- und Panzergeschütze, Mörser unterschiedlichen Kalibers, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen. Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

de.sputniknews.com: US-Senatoren warnen Trump vor Rückgabe russischer Diplomaten-Datschas

Eine Gruppe von US-Senatoren hat am Donnerstag US-Präsident Donald Trump in einem kollektiven Schreiben davor gewarnt, die im Dezember beschlagnahmnten Ferienhäuser russischer Diplomaten in der Nähe von Washington und New York an Russland zurückzugeben. Die Administration von US-Präsident Barack Obama hatte Ende 2016 eine Reihe von Russ-

land-Sanktionen beschlossen, mit denen Russlands "Einmischung in den Wahlprozess" und "Druck auf in Russland tätige US-Diplomaten" bestraft werden sollten. Unter anderem dürfen die russischen Diplomaten nicht mehr zwei Wohnkomplexe, die sogenannten "Datschen" der ständigen Vertretung Russlands in New York und der Botschaft in Washington, nicht mehr besuchen. Die Objekte sind das diplomatische Eigentum der Russischen Föderation.

"Eine Rückgabe der beiden Objekte an Russland, während der Kreml sich weigert, für seine gegen die USA gerichtete Beeinflussungskampagne Verantwortung zu tragen, würde Präsident Wladimir Putins Positionen festigen und zu einer gefährlichen Eskalation der destabilisierenden Aktivitäten des Kremls gegen die Demokratien in der ganzen Welt beitragen", schreiben die Senatoren Marco Rubio und Johnny Isakson.

Juri Uschakow, Berater des russischen Präsidenten, hatte in seiner Stellungnahme zur Beschlagnahme des russischen Eigentums in den USA erklärt: Moskau berücksichtige zwar die inneren Schwierigkeiten von US-Präsident Donald Trump, wird es aber nicht ohne Antwort lassen, sollte Washington nichts unternehmen. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betnte vor einigen Tagen in diesem Zusammenhang, dass die Geduld der russischen Seite in dieser Frage ihre Grenzen erreicht habe.



https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31648/50/316485001.jpg

ukrinform.ua: Kanada werde der Ukraine 6,89 Millionen Dollar als Unterstützung für einige Projekte in verschiedenen Bereichen zuteilen, erklärte die Außenministerin Kanadas, Chrystia Freeland, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

"Seit Beginn der Krise in 2013 war Kanada führend bei der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die Ukraine. Kanada applaudiert den umgesetzten Reformen in der Ukraine und hofft, dass diese neuen Projekte helfen werden, dringende Sicherheits- und friedensbedürftige Fragen der Ukraine zu lösen, solange die Ukrainer eine sichere, stabile und prosperierende Zukunft aufbauen", sagte Freeland.

Das kanadische Außenministerium fügte hinzu, dass die Mittel auf fünf Initiativen gerichtet werden, vor allem Beobachtung der Achtung der Menschenrechte, Regelung von Konflikten, Informationen über Minen, ihre Entdeckung und Neutralisierung.

de.sputniknews.com: Kiew hofft auf kampflose Einnahme von Donbass – Medien Die militärische Führung der Ukraine glaubt, dass die beiden selbsterklärten Volksrepubliken im Osten des Landes sich freiwillig Kiew ergeben werden.

Wie das Webportal "Ukraina.ru" unter Berufung auf den amtlichen Sprecher des ukrainischen Verteidigungsministeriums Andrej Lyssenko schreibt, könne die ukrainische Armee die Donezker und die Lugansker Volksrepublik wieder unter ihre Kontrolle bringen, wenn Russland auch nur für wenige Tage mit seiner Unterstützung für die Volkswehr aufhören sollte. Innerhalb dieser kurzen Zeit würden die Donezker und die Lugansker Kämpfer sehr schnell aus der Ukraine fliehen, und dafür würden keine intensiven Angriffshandlungen erforderlich sein, so der Militärsprecher.

"Sobald die Russen abströmen, wird Donezk ohne Einsatz der Streitkräfte der Ukraine befreit", sagte Lyssenko.

Nach Angaben der selbsterklärten Donezker Volksrepublik hat die ukrainische Armee seit Donnerstag mindestens 30 Mal die Waffenruhe im Donbass verletzt. Die Teilnehmer der Ukraine-Kontaktgruppe hatten sich zuvor in Minsk auf eine Friedenspause ab dem 24. Juni geeinigt.

Dnr-online.ru: Die Regulierung der Preise für grundlegende notwendige Waren und soziale Grundnahrungsmittel ist eine besonders wichtige Komponente der Ökonomie der Republik. Dies erklärte heute die Ministerin für ökonomische Entwicklung Wiktorija Romanjuk. Derzeit wird in der Republik ein Gesetz "Über Preise und Preisbildung" ausgearbeitet, mit dem die rechtlichen Grundlagen der staatlichen Preisbildungspolitik festgelegt werden. "Die Regelung von Fragen der Preisbildung ist ein grundlegender Teil der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates und vor allem auf die Erreichung und Erhaltung eines Gleichgewichts zwischen Preisen und Einkommen zum Zweck einer harmonischen Entwicklung der Wirtschaft und zur Garantie eines gerechten Zugangs der Verbraucher zu qualitativ hochwertigen Waren ausgerichtet", erläuterte die Ministerin.

Wiktorija Romanjuk wies auch auf die Notwendigkeit der Kontrolle der Preisbildung durch die Verbraucher selbst hin.

"Jeder Bürger der Republik hat das Recht auf Kontrolle der Qualität, Sicherheit, Vollständigkeit, Maß, Gewicht und Preise des gekauften Produkts. Deshalb ist es notwendig, im Fall der Nichtentsprechung oder einer Erhöhung der Preise den zuständigen Staatsorganen dies mitzuteilen, denn eine aktive Position im Leben ist nicht nur eine Einsparung beim Haushalt jeder Familie", unterstrich sie.

Wie der Pressedienst des Ministeriums weiter mitteilt, wurde auch eine Senkung der Preise für Treibstoff erörtert, was sich auf die Preise der Produkte in den Geschäften auswirkt. Außerdem wurde prognostiziert, dass es in der nächsten Teil eine Senkung der Preise für Tomaten, Gurken, Milchprodukte, Eier und Nudeln geben wird.

de.sputniknews.com: Die USA lehnen das Angebot Russlands und Chinas ab, Militärübungen im Raum der Halbinsel Korea im Interesse der Lösung des Atomproblems Nordkoreas einzufrieren, so das US-Außenamt....

Ukrinform.ua: Die Botschafter der G7-Länder unterstützen entschieden die durch die Regierung vorgeschlagene Rentenreform und fordern die Werchowna Rada der Ukraine auf, den jeweiligen Gesetzentwurf in der Plenarsitzung nächste Woche zu verabschieden, entnimmt man der Erklärung der G7-Botschafter zur Unterstützung der Reformen in der Ukraine. "Wir, Botschafter der G7, möchten unsere entschlossene Unterstützung für die durch die ukrainische Regierung vorgeschlagene Rentenreform bekunden und wir rufen die Werchowna Rada auf, den einschlägigen Gesetzentwurf in der Plenarsitzung nächste Woche zu verabschieden", heißt es im Dokument.

Die Diplomaten stellten fest, die Rentenreform sei eine der größten Herausforderungen für jede Regierung.

### **Nachmittags:**

de.sputniknews.com: Lawrow-Pressekonferenz: Frankreichs Außenminister setzt Journalisten Maulkorb auf

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Donnerstag in Paris mit seinem französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian über die Lage in Syrien, in der Ukraine und die bilateralen Beziehungen gesprochen, schreibt die Zeitung "Kommersant" am Freitag. Lawrow reiste kurz vor dem G20-Gipfel in Hamburg nach Paris. Das Treffen der beiden Minister war die Fortsetzung des Antrittsbesuchs des russischen Präsidenten Wladimir Putin bei seinem neuen französischen Amtskollegen Emmanuel Macron im Mai und des Moskau-Besuchs von Le Drian im Juni.

Ursprünglich war vorgesehen, dass die beiden Außenamtschefs – wie dies in den meisten Fällen geschieht – ein Statement halten und dann Fragen beantworten. Doch kurz vor Beginn der Gespräche sagte die französische Seite, dass die Journalisten auf der Pressekonferenz keine Fragen stellen dürften. Im Ergebnis berichteten die Außenminister separat über die Ergebnisse des Treffens, bedankten sich bei den Journalisten und schüttelten sich die Hand als Zeichen des Abschlusses des Treffens. Allerdings ging Lawrow nicht sofort zum Arbeitsabendessen, sondern in ein benachbartes Zimmer, wo er Medienfragen ohne seinen Kollegen beantwortete. Was Le Drian dazu bewegt hat, nicht mit der Presse sprechen zu wollen, ist unklar. Aus seiner Rede und den Kommentaren Lawrows kann man schließen, dass zwischen ihnen beinahe bei allen Fragen Einigung herrscht.

So sagte Lawrow, dass die Diplomaten die Positionen zu Syrien abgestimmt hätten. "Wir haben in Bezug auf Syrien Meinungen und Einschätzungen ausgetauscht und ziemlich detailliert und lange gesprochen. Vorrangige Aufgabe ist die Vernichtung des IS, Dschebhat an-Nusra und anderen Terrororganisationen", sagte Lawrow.

Dabei hob er hervor, dass parallel eine Lösung der humanitären Probleme erreicht werden muss.

"Zudem sollte man dafür sorgen, dass die Syrer durch einen ethnokonfessionellen Dialog schnellstmöglich beschließen, wie sie weiterleben wollen", so Lawrow.

Darüber hinaus informierte er seinen französischen Kollegen über die Ergebnisse des internationalen Syrien-Treffens in Astana und erörterte die reaktivierten Genfer Gespräche.

Le Drian sagte seinerseits, dass Frankreich und Russland in Syrien einen gemeinsamen Feind und ein gemeinsames Ziel haben. "Wir haben in Syrien einen gemeinsamen Feind – den Terrorismus. Wir setzen ein gemeinsames Ziel – Frieden. Das ist eine Frage der nationalen Sicherheit für Frankreich und Russland", sagte Le Drian.

Ihm zufolge müssen Paris und Moskau in Syrien zusammenwirken. "Gerade dank der gemeinsamen Handlungen können wir die Bedrohungen bekämpfen, die über unseren Ländern schweben, und weiterhin unsere Einbeziehung in den Kampf gegen diese Bedrohungen mit Pragmatismus und Entschlossenheit beweisen."

In Bezug auf die Ukraine sicherte Lawrow zu, dass Moskau und Paris keine Kontroversen in Bezug auf die "Basis" der Regelung und die Notwendigkeit der Erfüllung der Minsker Abkommen hätten. Auch der französische Chefdiplomat sprach von der Wichtigkeit der Erfüllung der Minsker Abkommen. Er gab zu verstehen, dass von der Konfliktregelung in der Ukraine auch die Beziehungen zwischen Paris und Moskau sowie der Dialog zwischen der EU und Russland abhängen.

Basurin (Wochenrückblick)

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **33 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt.

Der Gegner hat fünf Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm, 96 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm und vier Panzergeschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche** 865 Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **30 Ortschaften der Republik** beschossen, in sieben von ihnen wurden 17 Gebäude beschädigt oder zerstört. Außerdem wurden in Jasinowataja, Trudowskije und Leninskoje die Gas-, Wasser- und Stromversorgung beschädigt.

In der Folge von Beschüssen der ukrainischen Streitkräfte wurde **ein Verteidiger der Republik verletzt**.

Wir verfolgen weiter die Verlagerungen von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte. Unter anderem wurden zwei zuvor bei Peski in einer Ausgangsposition für einen Angriff entdeckte Kompanien eines Panzerbataillons in das Gebiet von Tonenkoje verlegt. Es wurden die Stationierung und Positionen von 30 Artilleriegeschützen der 55. Artilleriebrigade in den Gebieten von Krasnogorowka und Awdejewka festgestellt. Außerdem Konzentrationsgebiete von Kräften und Mitteln der 72. mechanisierten Brigade und von Einheiten der 128. Gebirgsjägerbrigade.

Diese Schlaggruppierung sollte nach den Plänen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte **am 6. Juli 2017 im Vorfeld des G20-Gipfels eine Provokation im Gebiet von Donezk** durchführen. Aber dank der professionellen Handlungen unserer Aufklärung, durch die es möglich war, diese Information zu veröffentlichen, gelang es die Pläne des Gegners zum Scheitern zu bringen.

Es ist wichtig anzumerken, dass die zuvor veröffentlichten militärischen Anweisungen zur Verwendung von Kräften und Mitteln der 55. Artilleriebrigade, der 72. mechanisierten Brigade und der 128. Gebirgsjägerbrigade nicht die einzigen geheimen Dokumente sind, über die wir verfügen. Wir studieren weiter **Informationen von einem USB-Stick**. Heute stellen wir einen Auszug aus einer Plantabelle für Feuer und Ziele für die 1. Abteilung der 55. Artilleriebrigade vor, die die Anwendung von schwerer Artillerie durch die ukrainischen Streitkräfte gegen Donezk und auf Positionen der Streitkräfte der DVR vorsieht, die vom Gegner für den 6. Juli 2017 vorgesehen war. Ich bin überzeugt, dass diese Informationen die Vertreter der OSZE-Mission interessiert, die sie für einen Abgleich der von den ukrainischen Streitkräften in der "ATO"-Zone verwenden können.

Übrigens bestehen wir nicht darauf, dass das ukrainische Kommando zugibt, dass der Soldat der 128. Brigade, der uns unschätzbare Hilfe bei der Verhinderung ihrer Angriffspläne geleistet hat, in der 128. Brigade Dienst tut. Uns ist wichtig, dass er in der 128. Brigade dient und dass ihn seine Kameraden kennen. Und die Hauptsache ist, dass die ukrainischen Soldaten sehen, dass das Kommando der "ATO" sich von ihm bereits losgesagt hat, um das eigene Gesicht zu wahren.

Möglicherweise wurde der Major bereits rückwirkend aus den Reihen der ukrainischen Streitkräfte entlassen. Und möglicherweise foltern ihn irgendwo in den Hinterhöfen Mitglieder des Sicherheitsdienstes der Ukraine, genauso wie die Soldaten der Volksmiliz der LVR, die gewaltsam Ende Juni gefangen genommen wurden. Und dabei zwei von ihnen brutal umgebracht haben. Diese Fälle von Lüge und Brutalität bleiben auf dem Gewissen der ukrainischen Soldaten.

Die vergangene Woche hat gezeigt, dass die militärisch-politische Führung der Ukraine terroristische Methoden des Kriegs unterstützt und weiterhin alle ihr möglichen Maßnahmen für eine Eskalation des Konflikts im Donbass unternimmt.

Unter anderem gelang es **am 4. Juli** dank der Wachsamkeit von Bürgern der Republik einen **Terrorakt in Donezk zu verhindern**, der von Spezialdiensten der Ukraine geplant war und das Ziel hatte, die Situation in der Republik im Vorfeld ihrer Angriffsaktivitäten zu destabilisieren.

Die ferngesteuerte Sprengeinrichtung sollte am Morgen an einem bevölkerten Ort losgehen, wenn die Einwohner der Stadt zur Arbeit gehen.

Zum Glück sind die terroristischen Pläne der ukrainischen Verbrecher nicht zustande gekommen. Dafür danke ich unseren Bürgern! Und ich bitte, auch in Zukunft Wachsamkeit zu zeigen und rechtzeitig über alle verdächtigen Aktivitäten zweifelhafter Personen zu berichten. Unsere Aufklärung stellt weiter Fälle von Willkür der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte gegenüber der örtlichen Bevölkerung fest. Nach uns vorliegenden Informationen **konfiszieren** Kommandeure von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte gemeinsam mit Vertretern der Nationalgarde der Ukraine unter dem Vorwand der Kontrolle von erlaubten **Jagdwaffen** bei der örtlichen Bevölkerung diese Waffen. Diese Tatsache zeugt davon, dass das Kommando der "ATO" völlig von Lage in der "ATO"-Zone und der Kontrolle über die Handlungen ihrer Einheiten abgehoben sind. Örtliche Einwohner auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium in der "ATO"-Zone haben sich schon mehrfach an die örtlichen Behörden mit der Bitte gewandt, sie gegen die Willkür, die von Seiten der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte gegenüber der Bevölkerung erfolgt, zu schützen.

de.sputniknews.com: Russland erweitert Militärstützpunkt in Syrien – Marinebasis in Tartus soll folgen

Präsident Wladimir Putin hat der Staatsduma (Parlamentsunterhaus) ein Zusatzprotokoll zum Abkommen über den russischen Fliegerstützpunkt im syrischen Hmeimim vorgelegt, schreibt die Zeitung "Wedomosti" am Freitag.

Dieses Dokument war im Januar in Damaskus unterzeichnet worden und regelt einige Fragen, die im Grundvertrag vom August 2015 fehlen, den die Duma im August 2016 ratifiziert hatte. Der Vorsitzende des auswärtigen Duma-Ausschusses, Leonid Sluzki, kündigte bereits an, dass die Abgeordneten schon am 14. Juli über die Ratifizierung des Protokolls debattieren werden. Laut dem Dokument geht es um einen Ausbau des russischen Stützpunktes in Hmeimim. Darüber hinaus gewähren sich Russland und Syrien gegenseitig kostenlosen Zugang zur allgemeinen Infrastruktur des Stützpunktes, der auf dem Gelände eines zivilen Flughafens liegt. Darüber hinaus darf die russische Seite sowohl russische als auch syrische Auftragnehmer zu Arbeiten auf dem Stützpunkt heranziehen; russische Flugzeuge und Hubschrauber können jetzt – ebenfalls kostenlos – an Einsätzen zur Suche nach abgeschossenen syrischen Piloten teilnehmen und Damaskus Informationen über die Situation in der Provinz Latakia zur Verfügung stellen.

Zudem wird in dem Protokoll die Frage geregelt, wer und wie auf rechtswidriges Vorgehen von russischen und syrischen Staatsbürgern auf dem Gelände und auch außerhalb des Stützpunktes reagieren wird.

Im Unterschied zum fristlosen Grundvertrag wird das Protokoll 49 Jahre lang in Kraft bleiben, falls die Seiten keine Einsprüche geltend machen.

Eine Quelle im Umfeld des russischen Verteidigungsministeriums informierte, dass das Protokoll nötig geworden sei, weil im Grundvertrag einige Momente nicht berücksichtigt worden seien, die unter anderem mit dem Bau von neuen Objekten auf dem Gelände des Stützpunktes zusammenhingen.

Gleichzeitig mit dem Protokoll sei auch ein Abkommen zum Ausbau der materiellen bzw. technischen Versorgung der russischen Seestreitkräfte im Hafen Tartus unterzeichnet worden, verriet der Insider. Dadurch werde er sich in einen vollständigen Marinestützpunkt verwandeln. Das Tartus-Abkommen sei allerdings vorerst nicht in die Staatsduma eingebracht worden.

Zudem verwies die Quelle darauf, dass der syrische Präsident Baschar al-Assad unlängst gemeinsam mit dem russischen Generalstabschef Valeri Gerassimow Hmeimim besucht habe, Tartus aber nicht.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen, Wochenrückblick) In der letzten Woche wurde in den Berichten der OSZE das Fehlen folgender Waffen in den Lagerorten für Technik der ukrainischen Streitkräfte festgestellt: 8 152mm-Haubitzen "Giazint-B"; 21 152mm-Haubitzen 2S3 "Akazija"; 5 122mm-Haubitzen 2S1 "Gwosdika"; 16 100mm-Antipanzergeschützen MT-12 "Rapira"; 30 Panzer T-64 und T-72; 8 82mm-Mörser. Das Fehlen dieser Technik und Waffen wird bereits seit langer Zeit festgestellt, aber eine Reaktion von Seiten der ukrainischen Regierung auf die genannten Verstöße gibt es nicht. Wir sind überzeugt, dass diese Waffen zum Teil von den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte zum Beschuss des Territoriums der Republik genutzt werden.

Diese Fakten bestätigen ein weiteres Mal den Unwillen der ukrainischen Seite, einen friedlichen Dialog zur Regelung der Situation im Donbass zu führen.

Trotz des Bestrebens der Republik zu einer friedlichen Regelung des Konflikts bei vollständiger Einhaltung der Bedingungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der Volksmiliz spitzt das ukrainische Kommando weiterhin die Lage in der Region zu und führt die Umgruppierung schwerer Waffen entlang der Abgrenzungslinie fort.

So konzentriert nach unseren Informationen das Kommando der sogenannten "ATO" im Gebiet von Shelobok an der Kontaktlinie Panzertechnik, Raketenartillerie und Artilleriegeschützen, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind.

Die Einheiten der 93. Brigade werden von den Abteilungen der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte und nationalistischen Bataillonen verstärkt. Außerdem führen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte Maßnahmen zur Verstärkung der Positionen in diesem Bezirk durch. Es werden Maßnahmen zur Informations- und psychologischen Beeinflussung unternommen.

All diese Handlungen der ukrainischen Truppen haben **großflächige blutige Provokationen mit massenhaften menschlichen Opfern als Ziel** und sind dazu gedacht, das Treffen der Regierungschefs zur Regulierung des Konflikts zum Scheitern zu bringen, das heute im Rahmen des G20-Gipfels stattfindet.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 24 Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen. Unter anderem wurden auch von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen geschossen: 152mm-Artillerie, Mörser des Kalibers 120 und 82mm, außerdem mit Schützenpanzern, Abwehrgeschützen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 319 Geschosse abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden **Nishneje Losowoje, Kalinowka, Logwinowo, Weselogorowka, Sansharowka, Donezkij, Perwomajsk, Molodjoshnoje, Kalinowo, Marjewka, Frunse, Rajewka, Shelobok und Sokolniki** beschossen.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Grusewitsch, der Kommandeur der 24. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Schewschtenko, der Kommandeur der 93. mechanisierten Brigade Klotschkow.

In den letzten **24 Stunden** hat der Gegner **viermal** das Regime der Feuereinstellung verletzt, insgesamt wurden mehr als 60 Mörser- und Granatgeschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte betrügt weiterhin die Bürger des eigenen Landes und verheimlicht ihre Verluste in der Zone der sogenannten "ATO".

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Ukraine betrugen die Verluste der ukraini-

schen Streitkräfte in der letzten Woche in der "ATO"-Zone fünf Tote und 19 Verletzte. Aber uns ist zuverlässig von 10 Toten und 30 Verletzten durch unvorsichtigen Umgang mit Munition während der Durchführung erfolgloser Provokationen an der Kontaktlinie bekannt. So erfolgte auf den Positionen des 1. Bataillons der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in der Folge von nachlässigem Verhalten bei der Lagerung und dem Transport von Munition die Detonation eines Mörsergeschosses. Zwei Soldaten starben, ein weiterer wurde schwer verletzt.

In der Folge der Untätigkeit und Nachlässigkeit der Kommandeure der ukrainischen Streitkräfte sterben Soldaten und Unteroffiziere, aber Generale erhalten dafür Auszeichnungen und Beförderung wegen ihrer Verdienste gegenüber dem Land.

In der letzten Zeit haben die Fälle von **Verbrechen durch ukrainische Soldaten gegenüber friedlichen Bürgern** zugenommen.

So sind Soldaten der 24. Brigade in betrunkenem Zustand bei einer Fahrt um zusätzlichen Alkohol zu kaufen auf einen PKW eines örtlichen Einwohnern gefahren, der bei einem Privathaus am Rand von Katerinowka parkte, danach flohen sie vom Unfallort. Durch glücklichen Zufall wurde niemand verletzt.

Auch die nationalistischen Kämpfer aus dem "Rechten Sektor", die sich der Straflosigkeit erfreuen, stehen nicht zurück und haben in der Nacht ein Haushaltstechnikgeschäft in Gorskoje ausgeraubt. Dazu hat die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren eingeleitet.

Im Zusammenhang mit der außerordentlich niedrigen Personalausstattung der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte greift das ukrainische Kommando weiter zur Hilfe nationalistischer Banden und versucht mit aller Macht, die Entlassung von Soldaten, die Dienst in der "ATO"-Zone tun, zu behindern.

Soldaten und Offiziere der ukrainischen Streitkräfte haben nicht den Wunsch, ihre Verträge zu verlängern. Im Zusammenhang damit ist in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ein Abfallen der militärischen Disziplin, der Zuverlässigkeit und eine Zunahme der Fälle von eigenmächtiger Entfernung vom Dienstort zu bemerken. So haben in der letzten Woche in der "ATO"-Zone 30 Soldaten der 14. und der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte ihren Dienstort eigenmächtig verlassen.

de.sputniknews.com: Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat bei einem Gespräch mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Rex Tillerson am Rande des G20-Gipfels am Freitag in Hamburg wichtige Fragen der internationalen und bilateralen Tagesordnung besprochen. Das geht aus einer Mitteilung des russischen Außenministeriums hervor.

Demnach soll das Treffen etwa eine Stunde gedauert haben.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass ein Putin-Trump-Gespräch am Rande des G20-Gipfels um 15.45 Uhr MESZ beginnen und etwa eine halbe Stunde in Anspruch nehmen soll.

Laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow sollen die Situation in Syrien und die Ukraine-Krise im Mittelpunkt des Gesprächs stehen.

Der G20-Gipfel findet am 7. und 8. Juli in Hamburg statt.

### de.sputniknews.com: Donbass: Explosion im Zentrum von Lugansk

Eine Explosion hat am Freitag Lugansk, Hauptstadt der international nicht anerkannten "Lugansker Volksrepublik", erschüttert. Nach Angaben der Agentur RAI Novosti wurde mindestens eine Person verletzt.

Die Explosion ereignete sich demnach unweit vom Regierungssitz. Die Sicherheitskräfte riegelten die Gegend ab.

Laut weiteren Berichten explodierte vor dem Eingang zum Regieurgsgebäude eine selbst gemachte Bombe; eine Frau sei dabei getötet und mehrere weitere Menschen verletzt worden.

<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/SpSTK59jvus"
frameborder="0" allowfullscreen></iframe>
https://youtu.be/SpSTK59jvus

Lug-info.com: **Eine Soldatin der Volksmiliz der LVR starb, fünf weitere Personen wurden bei einer Explosion im Zentrum von Lugansk verletzt**. Dies teilte der Vertreter der Volksmiliz Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

"Um 15:30 wurde ein Terrorakt nicht weit vom Haus der Regierung in Lugansk begangen", sagte er.

"In der Folge des Terrorakts starb ein Hauptmann des medizinischen Dienstes der Volksmiliz der LVR, fünf Personen wurden verletzt, darunter auch friedliche Einwohner", fügte der Vertreter der Volksmiliz der LVR.

"Es laufen operative Ermittlungsmaßnahmen, alle militärischen Behörden der LVR wurden herangezogen. Der Ort des Geschehens ist abgesperrt, es wird nach weiteren Sprengeinrichtungen in diesem Bereich gesucht. Vermutlich befand sich eine selbstgebaute Sprengeinrichtung in einem Mülleimer neben einem Lebensmittelgeschäft. Art, Klasse und Sprengkraft der Sprengeinrichtung werden noch ermittelt", sagte Marotschko.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-07/thumbs/1499432638\_deii\_y5xyaaljtt.jpg

de.sputniknews.com: **Zweite Explosion im Stadtkern von Lugansk - Autobombe vermutet** In Lugansk hat es am Freitagnachmittag eine neue Explosion gegeben. Nach Angaben der Agentur RIA Novosti flog in der Stadtmitte ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug in die Luft. Knapp eine Stunde davor war in der Hauptstadt der von Kiew abtrünnigen "Lugansker Volksrepublik" eine Bombe explodiert.

Beide Explosionen ereigneten sich unweit vom Regierungssitz der Region. Bei der ersten Ex-

plosion waren nach Angaben aus Polizeikreisen eine Frau getötet und mehrere weitere Menschen verletzt worden...

de.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin hat bei einem Treffen mit seinem südkoreanischen Amtskollegen Moon Jae-in den Atomstreit mit Nordkorea als ein sehr akutes Problem bezeichnet, jedoch für Pragmatismus und Akkuratesse geworben.

"Das nordkoreanische Atomprogramm Nordkoreas ist ein sehr akutes Problem", äußerte Putin. "Hier darf man nicht die Selbstbeherrschung verlieren, Man muss pragmatisch und sehr akkurat vorgehen", äußerte Putin.

Putin und Moon Jae-in trafen sich am Rande des G20-Gipfels in Hamburg.

Nordkorea hat am Dienstag trotz internationaler Warnungen eine ballistische Rakete getestet. Nach Angaben aus Pjöngjang handelte es sich um die erste Interkontinentalrakete aus nordkoreanischer Produktion.

Dnr-news.com: Bei der zweiten Explosion in Lugansk wurden zwei Menschen verletzt Zwei Menschen wurden in Folge der zweiten Explosion dieses Tages in Lugansk verletzt, erklärte am Freitag der offizielle Vertreter der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik Andrej Marotschko.

"Die zweite Explosion erfolgte nur einige Meter von der ersten entfernt, als vor Ort die Mitarbeiter der Strafverfolgungsorgane und der Volksmiliz tätig waren. Es wurden zwei Menschen verletzt", sagte Marotschko.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-07/thumbs/1499440781 1498070292.jpg

de.sputniknews.com: Wohlbekomm's: Ukrainische Soldaten kriegen Gammelfleisch aus der Dose

Ukrainische Soldaten müssen hungern. Denn sie kriegen nicht mal die Hälfte jener Essensration, die ihnen zusteht. Von frischem Obst und Gemüse kann die ukrainische Armee nur träumen, wie das Portal "Timer" berichtet.

"Fünf Dosen Fleischkonserven haben wir vor kurzem bekommen, für sechs Tage. Wir sind hier aber viele", sagt ein Soldat der ukrainischen Nationalgarde, der im Osten des Landes eingesetzt ist. Dafür sei das Fleisch aber auch "beste Sorte" – der Soldat zeigt auf das abgelaufene Verfallsdatum. Manche der Konservendosen sei gar offen gewesen.

"Kartoffeln: Ganze drei Kilo für eine Woche! Die Hälfte von dem, was uns zusteht. Obst kriegen wir gar keins, nicht mal im Sommer. Die Gurken sind fad", erzählt er. "Dafür kriegen wir einen Haufen Plastikgeschirr."

In dieser Lage müssen die ukrainischen Soldaten sich selbst helfen: Gärten plündern oder angeln.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31649/72/316497216.jpg

ukrinform.ua: Der ukrainische Premierminister Wolodymyr Hrojsman hat in London auf der Konferenz der Investitionsgesellschaft Dragon Capital erklärt, die Ukraine brauche nicht die Quantität, sondern die Qualität der Investitionen, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent. "Wir brauchen nicht die Quantität, sondern die Qualität der Investitionen, damit jede Investition erfolgreich wird", sagte Hrojsman.

Er betonte auch, dass es der Regierung im letzten Jahr gelungen ist, "einen sehr qualitativen Dialog des Verständnisses von Problemen und der Bedürfnisse der Wirtschaft herzustellen, auf die die Regierung reagieren muss".

"Wir haben den Kurs auf Reformen genommen und beschlossen, dass es keine Zentralisierung in unserem Land, keine regulatorischen Prozesse mehr geben werden", sagte Hrojsman.

de.sputniknews.com: Viele zivile Todesopfer: US-Koalition räumt Tötung von 119 Menschen im Mai ein

Die US-geführte internationale Anti-IS-Koalition hat weitere 119 Opfer unter Zivilisten durch Bombardierungen im Irak und in Syrien registriert. Das geht aus einer am Freitag verbreiteten Mitteilung des Koalitionsstabs hervor.

"Die Koalition hat im Mai 141 Berichte analysiert, von denen 114 als unglaubwürdig und 27 als glaubwürdig befunden wurden", so die Mitteilung. Die letztgenannten Fälle hätten "den unabsichtlichen Tod von 119 Zivilisten verursacht".

"Anhand der vorliegenden Informationen kann im Moment Folgendes festgestellt werden: Seit dem Beginn der Bombardierungen durch die Koalition sind unabsichtlich 603 Zivilisten getötet worden", heißt es.

Darüber hinaus wird mitgeteilt, dass nach dem Stand von Ende Mai die Ermittlungen zu weiteren 180 Todesfällen noch nicht abgeschlossen seien.

Nach Angaben der Koalition sind von August 2014 bis Mai 2017 fast 22.000 Luftschläge gegen die Terroristen-Stellungen geführt worden. Innerhalb dieser Zeit seien insgesamt 727

Meldungen über einen möglichen Tod von Zivilisten eingegangen. 145 Meldungen davon seien glaubwürdig, heißt es.

Ukrinform.ua: Die Londoner Konferenz habe den Grundstein zur Tradition der Diskussion auf hoher internationaler Ebene über Reformen in der Ukraine gelegt. Nächstes Jahr finde solche Konferenz in Dänemark statt, schrieb der Premierminister Wolodymyr Hrojsman auf seiner Facebook-Seite.

"Gute Nachricht: die Londoner Konferenz leitet die Tradition ein, jedes Jahr auf hohem internationalem Niveau die Ergebnisse und Perspektiven der ukrainischen Reformen sowie die Prioritäten ihrer internationalen Unterstützung zu diskutieren", schreibt der ukrainische Regierungschef.

Er stellte weiter fest, dies wurde nur dadurch möglich, weil der mittelfristige Aktionsplan bis 2020 angenommen wurde, der zu einer "Grundlage für die heutigen und zukünftigen Diskussionen wurde".

"Die nächste Konferenz zur Unterstützung von Reformen findet im Jahr 2018 in Dänemark statt", teilte Hrojsman mit.

de.sputniknews.com: Mossul: IS tötet irakische Journalisten und startet Gegenoffensive Kämpfer der Terrormiliz "Islamischer Staat" (auch IS, Daesh) haben zwei Mitarbeiter des irakischen Fernsehsenders "Huna Salaheddin" in Süd-Mossul getötet. Die Terroristen versuchten zudem am Freitag, im Norden der Altstadt zur Gegenoffensive überzugehen…

dnr-news.com: Poroschenko unterzeichnete einen neuen Erlass zur Wehrpflicht für den Militärdienst

Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko unterschrieb einen Erlass zur Einberufung in den Militärdienst der Nationalgarde im August 2017.

"Im August 2017 werden in den Militärdienst der Nationalgarde der Ukraine medizinisch gesunde Bürger der Ukraine männlichen Geschlechts einberufen, die am Tag der Abreise in die militärischen Einheiten zwanzig Jahre alt sind und ältere Personen unter 27 Jahren, die kein Recht auf temporäre oder völlige Befreiung von der Wehrpflicht haben", heißt es in Poroschenkos Erlass, der am Freitag auf seiner Webseite veröffentlicht wurde.

#### abends:

de.sputniknews.com: OSZE fordert von Russland Rückgabe der Krim an die Ukraine Der Ausschuss für politische Fragen und Sicherheit bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE hat in seiner Tagung am Freitag in Minsk einen Resolutionsentwurf gebilligt, in dem Russland aufgerufen wird, die Angliederung der Krim außer Kraft zu setzen. Die russische Delegation lehnte den Entwurf ab, der als "Festigung des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit für Frieden und Gedeihen im OSZE- Raum" betitelt war und von der Vizeleiterin der schwedischen Delegation, Margareta Cederfelt, vorbereitet wurde. Nun soll die Parlamentarische Versammlung über das Dokument abstimmen. Danach sollen die Parlamentarier eine Schlusserklärung verabschieden, die alle angenommenen Resolutionen beinhaltet.

In der Resolution verurteilt die OSZE den Druck, die Verfolgung und Einschüchterung von Mitgliedern der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine und behauptet, dass es dazu "in

gewissen Kreisen der von den hybriden russischen Kräften kontrollierten Gebiete Donezk und Lugansk" gekommen sei.

Zudem soll die OSZE Russland aufgerufen haben, "von der aggressiven Politik Abstand zu nehmen und den Beschluss über die illegale Annexion der Autonomen Republik Krim außer Kraft zu setzen".

Indes nannte die russische Delegation den Begriff "Annexion" unpassend, denn die Krim sei nach einer Volksbefragung wieder an Russland angegliedert worden.

Die 26. Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE findet vom 5. Juli bis 9. Juli in Minsk statt....

Dnr-news.com: Erklärung des Oberhaupts der LVR Igor Plotnitzky zu den Explosionen im Zentrum von Lugansk

Heute wurde im Verlauf des Tages im Zentrum von Lugansk eine Reihe von ungeheuerlichen Terroranschlägen verübt.

Die Explosionen erfolgten in einem dicht besiedelten Stadtbezirk nicht weit von einem Ort der öffentlichen Erholung für die Stadtbewohner, von einem Spielplatz und vom Stab der Volksmiliz der Republik.

Terroranschläge sind immer nicht nur auf die Einschüchterung derer, die ihnen zum Opfer fallen,ausgerichtet, sondern auf die Einschüchterung der gesamten Zivilbevölkerung.

Ich rufe die Einwohner der Republik auf, wachsam zu sein und nicht in Panik zu verfallen. Ich möchte Ihnen versichern, dass die Regierung der Republik, die Strafverfolgungsbehörden und die Spezialdienste in höchster Alarmbereitschaft sind und alles ihnen Mögliche tun, um die an den Terroranschlägen Schuldigen zu bestrafen und weitere möglicherweise folgende aggressive Handlungen zu verhindern.

Von unserer Seite aus tun wir das uns Mögliche und stellen die notwendige Hilfe für die Opfer zur Verfügung.

Ich spreche den Familien der Getöteten mein aufrichtiges Beileid aus. Allen Verletzten wünsche ich baldige Genesung.

Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik Igor Plotnitzky



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-07/thumbs/1499440236\_e64a69e8-be1412ab48c7a21eb890f494\_14791229337.jpg

de.sputniknews.com: Agentur: Russland und USA wollen Waffenruhe in Südwest-Syrien ausrufen

Russland und die USA sind einem Agenturbericht zufolge bereit, in Südwest-Syrien eine Waffenruhe ausrufen. Die Waffenruhe solle am Mittag des 9. Juli in Kraft treten, meldet Reuters unter Verweis auf nicht namentlich benannte Vertreter der US-Administration.

Das Thema sei während des heutigen Treffens der Präsidenten Russlands und der USA, Wladimir Putin und Donald Trump, erörtert worden.

Rusvesna.su: Das MfS der LVR rief die Einwohner der Republik auf, ihre Häuser nicht zu verlassen

Das Ministerium für Staatssicherheit der LVR hat sich im Zusammenhang mit den Explosionen in Lugansk an die Einwohner der Republik gewandt:

"Das MfS der LVR wendet sich an alle Bürger der Republik mit der Bitte, in nächster Zeit ihre Häuser nicht zu verlassen und keine großen Menschenansammlungen auf öffentlichen Plätzen zu schaffen im Zusammenhang der hohen Terrorgefahr.

Das MfS bittet die Einwohner: Wenn irgend jemand von Ihnen verdächtige Personen gesehen hat, dann teilen Sie dies bitte dem Ministerium für Staatssicherheit mit.

Wenn Sie irgendwelche Informationen haben, die helfen, verdächtige Personen oder verdächtige Objekte aufzuspüren, informieren Sie bitte umgehend das MfS!"

de.sputniknews.com: Putin: Darüber habe ich zwei Stunden lang mit Trump gesprochen Russlands Präsident Wladimir Putin hat den Inhalt seines zweistündigen Gesprächs mit seinem US-Amtskollegen Donald Trump offenbart. Im Mittelpunkt standen ihm zufolge Syrien, die Ukraine und die Terrorbekämpfung.

"Ich hatte ein sehr langes Gespräch mit dem US-Präsidenten. Es hatten sich viele Fragen an-

gehäuft – die Ukraine, Syrien und andere Probleme, manche bilaterale Fragen. Wir sind erneut auf Fragen der Terrorbekämpfung und der Cybersicherheit eingegangen", sagte Putin

beim Treffen mit dem japanischen Premierminister Shinzo Abe.



https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31650/15/316501543.jpg

rusvesna.su: Eilmeldung: Russland und die USA schaffen einen Kommunikationskanal zum Thema Ukraine – ohne die Ukraine

Die USA und Russland haben vereinbart, einen Kommunikationskanal zur Regulierung der Situation in der Ukraine auf Grundlage der Minsker Vereinbarungen zu schaffen, erklärte der Außenminister der RF Sergej Lawrow.

"Bei der Erörterung der Ukraine hat die amerikanische Seite erklärt, dass sie einen besonderen Vertreter zur Förderung der Anstrengungen zur Regulierung der Ukrainekrise benannt hat. Auich wurde vereinbart, dass ein Kanal zwischen dem Vertreter der Russischen Föderation und dem Vertreter der Vereinigten Staaten geschaffen wird, um den Möglichkeiten, die die USA für die Beförderung der Regulierung auf der Basis der Minsker Vereinbarungen haben, und dem Potential in der Kontaktgruppe und im Normandie-Format Rechnung zu tragen", sagte er.